

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Schluss mit dem schleichenden Abhängen Mecklenburg-Vorpommerns vom Bahnfernverkehr

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die von der Deutschen Bahn AG geplante Streichung früherer ICE-Fernverkehrsverbindungen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg zum Mai 2026 schwächt die verlässliche Anbindung des Landes an das nationale Fernverkehrsnetz erheblich. Mecklenburg-Vorpommern ist als Flächenland in besonderem Maße auf leistungsfähige und frühzeitig nutzbare Fernverkehrsverbindungen angewiesen, da große Entfernungen, geringe Taktverdichtungen und begrenzte Alternativen im öffentlichen Verkehr bestehen. Die betroffenen ICE-Verbindungen sind für zahlreiche Berufspendlerinnen und Berufspendler, für Geschäftsreisende sowie für den Zugang zu zentralen Arbeits-, Bildungs- und Verwaltungsstandorten von erheblicher Bedeutung.
2. Frühere Verlautbarungen des Ministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit, sich für den Erhalt der Frühverbindung einzusetzen, waren offensichtlich ergebnislos und wecken Zweifel an ihrer Wirksamkeit.
3. Schon die aufwendige Generalsanierung der Strecke Hamburg-Berlin sorgte für erhebliche Einschränkungen für die Fahrgäste. Sie hat zudem eine Erwartungshaltung bei den Fahrgästen geweckt, die durch Streichung der Frühverbindungen enttäuscht werden würde.
4. Eine weitere Ausdünnung des Fernverkehrs erschwert zudem die Nutzung der Schiene als verlässliche Mobilitätsoption und begünstigt Ausweichverkehre, insbesondere in den motorisierten Individualverkehr. Das Ansinnen der Deutschen Bahn AG steht damit im Widerspruch zur politisch gewünschten Mobilitätswende.

5. Zugleich verstärkt der Abbau überregionaler Verkehrsangebote das Gefühl struktureller Benachteiligung von Flächenländern wie Mecklenburg-Vorpommern. Die Erreichbarkeit des Landes darf dabei nicht ausschließlich nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet werden, sondern ist auch Ausdruck des verfassungsrechtlich verankerten Anspruchs auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. unverzüglich gegenüber der Deutschen Bahn AG auf die Rücknahme der Streichung der ICE-Frühverbindungen hinzuwirken und hierbei um Unterstützung auf Ebene der Bundesregierung hinzuwirken.
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern dauerhaft und verlässlich an den Schienenfernverkehr angebunden bleibt, insbesondere durch frühmorgendliche ICE-Verbindungen mit Anschluss an zentrale Metropolräume.
3. gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG konstruktive Lösungen zu erarbeiten, die eine dauerhafte und verlässliche Frühverbindung zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Metropolregionen wie Hamburg sicherstellen, insbesondere durch Prüfung von Fahrplananpassungen, Kapazitätsverpflichtungen oder vertraglichen Regelungen, die den tatsächlichen Bedarf der Pendlerinnen und Pendler und der regionalen Wirtschaft berücksichtigen.
4. sich bei Bedarf mit anderen Flächenländern, die ähnliche strukturelle Nachteile wie Mecklenburg-Vorpommern im Fernverkehr aufweisen, abzustimmen, um gemeinsam gegenüber der Deutschen Bahn AG und auf Bundesebene die Interessen dieser Regionen zu vertreten und dauerhaft verlässliche Fernverkehrsverbindungen sicherzustellen.
5. dem Wirtschaftsausschuss bis zum 12. März 2026 über die geführten Gespräche, die erzielten Ergebnisse sowie über weitere verkehrspolitische und rechtliche Handlungsmöglichkeiten zu berichten.

Daniel Peters und Fraktion

Begründung

Die geplante Streichung früherer ICE-Fernverkehrsverbindungen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg führt zu einer spürbaren Verschlechterung der überregionalen Erreichbarkeit des Landes. Gerade für ein Flächenland mit begrenzten Alternativen im öffentlichen Verkehr sind verlässliche und frühzeitig nutzbare Fernverkehrsangebote von besonderer Bedeutung. Die betroffenen Verbindungen sind insbesondere für Berufspendlerinnen und Berufspendler sowie für Geschäfts- und Dienstreisen von zentraler Relevanz.

Die Entscheidung der Deutschen Bahn AG droht, bestehende strukturelle Nachteile weiter zu verfestigen, und steht daher im Spannungsverhältnis zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Der Landtag hält es daher für erforderlich, dass die Landesregierung unverzüglich tätig wird, um die Streichung der ICE-Frühverbindungen abzuwenden und eine verlässliche Fernverkehrsanbindung Mecklenburg-Vorpommerns sicherzustellen.